

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Verleger: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Moll in Berlin.

Das Rücktrittsgesuch Benizelos'.

Die Ueberreichung des Ultimatum in Sofia.

Der Luftschiffangriff auf Chalon-sur-Marne.

Telegramm unseres nach dem westlichen Kriegsschauplatz entsandten Spezial-Korrespondenten **Bernhard Kellermann.**

Westlicher Kriegsschauplatz, 5. Oktober.
Zu dem Angriff eines unserer Luftschiffe auf Chalon-sur-Marne erlaube ich Ihnen nähere Einzelheiten: Der Luftkrieger hatte eine größere Erkundungsfahrt ausgeführt und erfuhr in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober gegen elf Uhr über Chalon, der Führer war ein bekannter Luftkriegerkapitän, der schon frühe und erfolgreiche Fahrten nach Paris und London leistete. Beim Passieren der feindlichen Linie wurde das Luftschiff heftig beschossen, ebenso bei der Rückkehr, insofern in beiden Richtungen ohne jeden Erfolg. Die dunkle herbstliche Herbstnacht begünstigte das Unternehmen und ermöglichte eine gute Beobachtung des Bombardements. Militärische Einrichtungen, Baracken und Bahnhöfe wurden mit Bomben schweren Schlägers bedeckt. Chalon ist ein militärischer Sammel- und Kreuzungspunkt ersten Ranges und spielte besonders in den Tagen des Champagneangriffes eine hervorragende Rolle. Sämtliche Geschosse freizubringen und lagen, wie festgestellt werden konnte, außerordentlich gut; Brände wurden beobachtet. Auf der Rückkehr geriet der Streiter in leichten Regen. Die Landung im Seimathafen erfolgte ohne Schwierigkeiten. Von einer Fronteireise zurückkehrend, sah ich den Luftkrieger in reicher Fahrt so hohen am schwarzen Himmel stehen. Der Eindruck ist unvergänglich.

Die Ueberreichung des Ultimatum in Sofia.

Gemeinsamer Schritt Rußlands und Frankreichs. — Sonderaktion Englands. — Keine Beteiligung Italiens.
Ueber die Ueberreichung des Ultimatum in Sofia erfahren wir von autorisierter Seite: Die Gestanden Rußlands und Frankreichs übergeben am Montag nachmittag um vier dem Ministerpräsidenten Radolowow ein gemeinsames Ultimatum. Darauf erschien der englische Gesandte und überbrachte eine Erklärung, die folgende Erklärung enthielt:
„England würde seine diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien abbrechen, sobald die bulgarische Mobilmachung zu Feindseligkeiten auf dem Balkan führen sollte.“
Der Gesandte Italiens nahm an dem Schritt nicht teil. Er erklärte, daß er noch keine Instruktionen aus Rom erhalten habe. Eine Nachricht über die Antwort der bulgarischen Regierung, oder über die — im voraus bestimmte — Entscheidung, liegt noch nicht vor. Telegramme aus Sofia erwidern gegenwärtig sehr stark Verpätungen und unsere Angabe im heutigen Morgenblatt, daß mit einer Verzögerung von sechzehn Stunden zu rechnen sei, war noch zu niedrig gegriffen: Die Telegramme brauchen jetzt vierundzwanzig Stunden und oft noch weit mehr.

Paris, 6. Oktober. (Gabel.)
Anschließend an die Erklärung, in der der russische Gesandte in Sofia von der bulgarischen Regierung die Zurückführung der deutschen und österreichisch-ungarischen Offiziere binnen 24 Stunden forderte, haben die Gesandten von Frankreich und England dem bulgarischen Kabinett bekannt, daß Frankreich und England sich der Forderung Rußlands vollkommen anschließen. Ferner erklärten sie, daß die früher von den Verbündeten Bulgarien gemachten Vorschläge als null und nichtig betrachtet werden müssen.
Petersburg, 6. Oktober. (M. T. W.)
Die Petersburger Telegrammagentur verbreitet eine Meldung der „Times“, wonach England, Frankreich und Italien an die bulgarische Regierung ein Ultimatum richteten, jedoch sofort nach der Abreise des russischen Gesandten aus Sofia ihre Vertreter abberufen werden. Die Verbündeten liegen gleich Rußland auf dem Standpunkt, daß deutsche und österreichisch-ungarische Offiziere bereits in den Händen der bulgarischen Armee, besonders in die Städte aufgenommen seien. Falls Bulgarien Rußlands Ultimatum annimmt, so wird es offen und ohne daß ein Zweifel zurückbleibt, die Beziehungen zu Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei abbrechen müssen. Mit Rücksicht auf die volle Unabhängigkeit Bulgariens wurde die Forderung der „Amobilisierung“ nicht gestellt. Die Schritte der Verbündeten erliegen Griechenland nicht die Pflicht auf, die gleichen Maßnahmen zu ergreifen. Zwischen Griechenland und den vier Mächten

bestehen keine dahingehenden vertragmäßigen Abmachungen. Daher bleibt die diplomatische Vertretung Griechenlands wohl bis zum bulgarischen Ueberfall in Sofia. Bis zu dem Augenblick, da Griechenland vertragmäßig für Serbien eintreten wird, gilt es als neutral. Daher fand die griechische Regierung es auch für nötig, gegen die von England und Frankreich begonnene Ausschiffung von Truppen in Saloniki Verwahrung einzulegen. Natürlich trägt der Einspruch nur formellen Charakter, und die Landung der Truppen der Alliierten wird keinerlei Schwierigkeiten begegnen.

*** Rotterdam, 6. Oktober.**
Am Montag mittag fand in London ein zweifundiger Rat einmütig statt. Dem sämtliche Minister beiwohnten. Kurz vor der Sitzung hatte Gorch Unterredungen mit den diplomatischen Vertretern der Entente, sowie mit dem serbischen und bulgarischen Gesandten. Der französische Munitionsminister Thomas hatte gestern eine Unterredung mit Lloyd George.

Der König und Benizelos.

Paris, 6. Oktober. (M. T. W.)
Die Agence Havas erzählt aus Athen, daß Ministerpräsident Benizelos gestern vom Könige empfangen wurde, der ihm erklärte, er könne der Politik des gegenwärtigen Kabinetts nicht bis zum Ende folgen. Benizelos habe dem Könige sein Abschiedsgesuch eingebracht.

Das Programm des gestärzten Ministerpräsidenten.

Paris, 6. Oktober. (Meldung der Agence Havas.)
Benizelos erklärte in der Kammer, Griechenland werde die im serbisch-griechischen Vertrag festgesetzten Verpflichtungen scharfsten innehalten, selbst wenn sie Griechenland dazu führen sollten, gegen Deutschland Stellung zu nehmen, was er aufrichtig bedauern würde. Benizelos sprach von der Ueberzeugung Ausdruck, daß es das Interesse Griechenlands sei, sich an die Seite des Vierverbündeten zu stellen. Seine Erklärungen wurden mit fünfzig Stimmen Beifall gütig aufgenommen. Die mohammedanischen Abgeordneten stimmten dagegen.

Das Vertrauensvotum der Kammer für Benizelos

Zürich, 6. Oktober.
Die „Times“ melden aus Athen: Im griechischen Parlament fand über die gegenwärtige Krise eine lebhafte Debatte statt, die bis 5 Uhr morgens dauerte. Bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung Benizelos' stimmten 147 dafür und 102 dagegen. 15 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Die Truppenlandungen in Saloniki begonnen.

„In aller Freiheit.“
(Telegramm.)

Paris, 6. Oktober.
Eine von der Agence Havas verbreitete Note meldet, daß die Landung von Truppen in Saloniki gestern begonnen habe. Seit mehreren Tagen hätten die verbündeten Regierungen ihre Beschlüsse festgelegt und die notwendigen Befehle erteilt. Die Note sagt ferner: Sie verhandeln zuerst mit der griechischen Regierung, die als noch neutrale Regierung Proteste erheben. Gleichzeitig bereiten die französischen Offiziere in aller Freiheit die Landung der Truppen vor. Die französischen und englischen Offiziere fanden sowohl bei den Zivilbehörden wie bei den Militärbehörden in Saloniki den herzlichsten Empfang und konnten sofort nach ihrer Ankunft ihre Arbeiten in aller Freiheit beginnen; denn die öffentliche Meinung begriff die Notwendigkeit der Unterführung, welche die Verbündeten in diesen schwierigen Verhältnissen ihren verbündeten Freunden bringen, mit denen Griechenland übrigens durch einen Bündnisvertrag verbunden ist.

Deutsche Unterseeboote an der bulgarischen Küste.

Stockholm, 6. Oktober.
„Birkowja Bjedomski“ melden aus Athen, daß in Warna vier deutsche Unterseeboote angekommen seien, um Warnas einen russischen Flottenangriff zu verteidigen und eine russische Landung zu vereiteln.
(Fortsetzung der Balkanachrichten auf Seite 2.)

T. W. Die Meldung, daß Benizelos sein Abschiedsgesuch eingereicht habe, kommt über Paris und ist durch die Agence Havas aus Athen verbreitet worden. Die Agence Havas hat keine Veranlassung, Nachrichten zu erfinden, die für die Sache der Entente so überlauten, und darum darf man annehmen, daß diese Meldung zutreffend ist. König Konstantin hat dem Ministerpräsidenten erklärt, er könne der Politik des gegenwärtigen Kabinetts nicht bis zum Ende folgen, und Benizelos hat darauf sein Amt niedergelegt, aber doch um seine Entlassung aus dem Amte ersucht. Das ist der schwerste Schlag, der die Politik der Entente treffen konnte, und stellt diese Mächte vor eine außerordentliche Gefahr.

Die Beweggründe, denen die Entente folgte, als sie Offiziere und Truppen in Saloniki landen ließ, sind klar. In Paris und in London hatte von dem Augenblick an, wo Bulgarien mobil machte, die öffentliche Meinung förmlich eine solche Expedition verlangt. Die Pariser Presse warf Herrn Delcassé und auch den alliierten Diplomaten vor, daß sie sich in Sofia hätten überumpeln und täuschen lassen, und das französische Ministerium konnte einer ersten Kritik nur ausweichen, wenn es sich zu irgendeiner Tat entschloß. Hervorzuheben mußte, daß man 250 000 Mann den Serben zu Hilfe senden müsse, und die ganze französische Presse sprach die Ziffer nach. Die Sorge um die eigene Existenz war der Grund, der für die Ententeerregungen ausschlaggebend war — und dazu trat die nicht schwer zu gewinnende Erkenntnis, daß der Anschlag Bulgariens auf Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei die ganze Situation auf dem Balkan entscheidend umgestalten würde. War nicht zu befürchten, daß auch Serbien, wenn man diesen in langer Kriegsnot erschöpften Verbündeten allein und ohne Hilfe ließe, sich die Frage vorlegen könnte, ob nicht der Augenblick für eine kluge Nachgiebigkeit gekommen sei? Niemand auf der Seite der Zentralmächte hat ein Interesse daran, dieses Land zu zerstören und seine unbeitreibbar bewiesene Lebenskraft völlig abzubauen, und so mochte der vielerfahrene Raschitzki vielleicht noch andere Möglichkeiten erwägen als einen bis zur letzten Aufopferung gehenden Widerstand. Es galt, das auf alle Fälle zu verhindern, und es galt ferner, den Zentralmächten den Weg nach Konstantinopel zu verperren. Konnten Deutschland und Österreich-Ungarn im Bunde mit Bulgarien diesen Weg dauernd gewinnen, so war der Einfluß Rußlands und der Entente auf dem Balkan endgültig ausgeschaltet, und für Rußland schwand die letzte Hoffnung auf den Besitz Konstantinopel, ging mit dem Siegespreise der belebende Anreiz dahin.

Diese Erwägungen waren gewiß sehr richtig, aber es war schwer, die Konsequenzen aus ihnen zu ziehen, denn die Entente hätte befehlen nicht die so förmlich verlangten und schließlich notwendigen 250 000 Mann. Ihre Infanterieregimenter waren zwar ziemlich ausgeleert, die französischen und englischen Bersardierregimenter an der Front in Nordfrankreich und in Flandern keinen Soldaten entbehren, Rußland war fern. Man wendete sich mahnd und munternd an Italien, aber Italien zeigt eine unerkennbare Müdigkeit, wäre im stillen wohl am liebsten aus dem Bunde heraus zu neuen, ferneren Unternehmungen nur sehr wenig Lust. Die italienischen Staatsfinanzen, die so unvorzüglich gewesen waren, sind jetzt sehr viel vorläufiger geworden, und es ist sehr charakteristisch, daß der italienische Gesandte in Sofia „keine Instruktionen aus Rom erhalten“ und sich darum auch nicht an dem Ultimatumsschritt der Alliierten beteiligt hat. Da die Entente die 250 000 Mann nicht aufbringen konnte, so vermochte sie auch nicht, eine solche Armee nach Serbien zu senden, und höchstens konnte sie zu dem dürftigen Mittel greifen, einen Teil der Truppen von den Dardanellen abzuziehen. Aber wenn sie nicht 250 000 Mann besaß, so besaß sie doch einen ganz sicheren Mann, in der Person des Herrn Benizelos, und sie rechnete auf ihn.

Man ließ den englischen General Hamilton mit fünfzig Offizieren in Saloniki landen, und der französische General d'Amade folgte ihm mit Truppen nach. Die italienisch-nationalistische „Dea Nazionale“ hat es wagen, „rundum“ 30 000 Mann gelandet, andere Meldungen sprechen von 70 000, niemand spricht von mehr. Könnte die Entente hoffen, mit diesem Heerlein das Schicksal auf dem Balkan in ihrem Sinne zu entscheiden, die Armeen Deutschlands, Österreich-Ungarns aufzuhalten, die tapfere bulgarische Armee niederzuringen und die Gefahr abzuwehren, die doch vielleicht auch von der Türkei her droht? Die Regierungen und die Generäle der Entente sind nicht trüchzig genug, um sich so süßen Träumen hinzugeben, und sie haben nicht einen Augenblick lang an die Siegesfähigkeit ihrer feinen Landungsarmee gedacht. Sie haben das ganze Schauspiel in Saloniki nur veranstaltet, weil sie glauben durften, die griechische Armee, die griechischen 400 000 Bulgaren werden sich anschließen, würden mit ihnen gegen Bulgarien gehen. Sie durften das glauben, weil es so mit Benizelos verabredet worden war.

Der König Konstantin war fränslich, und man konnte glauben, seine Energie sei geschwächt. Er hatte vor einiger Zeit in Paris, den Vertreter einer unvoreingenommenen Neutralität, zu sich berufen, aber er hatte es dann doch nicht zur Kenntnis kommen lassen.

Bei der ältesten Berliner n.

Erinnerungen einer Hundertdreißigjährigen.

Die älteste Berlinerin — und noch dazu eine, die wirklich im Weichselde der Preussischen Hauptstadt geboren worden und seit ihres Lebenslaufes niemals aus dem Mannert herausgekommen ist...

Die Hundertdreißigjährige! Man denkt unwillkürlich an das Bildwerk des berühmten Meisters „Die Heilige des Gedächtnisses“, jene graue Frau mit den tiefen Augen und den erloschenen Zügen...

Das Eisener Kreuz. Mit dem Eisener Kreuz erster Klasse wurde ausgezeichnet: Oberleutnant a. S. Kurt Borenz, Grünberg (Schlesien), Romanowski...

Wieder ein Gebäude der Feldpost verbrannt. Am 6. September ist ein vom Feldpostamt des 41. Reservekorps zur Bekämpfung der Feldpostkassen benutztes Gebäude durch Feuer zerstört worden...

Die Eisenbahnbrücke. Der Vorstand des Reiches Zelow bittet um, in Anbetracht an unsere Notiz über die Eisenbahnbrücke mitzuteilen, daß der Anschlag auf die Brücke...

Berufsausschreitungen. Kaiser Franz Josef hat den Großindustriellen Kommerzienrat Emanuel Grab in Wien und Dr. Hugo Grab in Prag den Ritterorden verliehen.

Der Vaterländische Frauenverein beschließt, wie wir kürzlich mitgeteilt haben, in dem 21. Jahresbericht am 20. Oktober...

Die sich zum Einfallen der Fruchtzeit eignen. In Anbetracht des guten Erfolges erzielt deshalb an die Hausfrauen die Bitte...

Das Oberkommando in den Westen erläßt folgende Warnung: Die jetzige Zeit nimmt viele Frauen, insbesondere Kriegsveteranen, zu einem Erwerb zu zwingen. Die Notlage wird von gewissenhaften Elementen in der Weile ausgenutzt...

Schwindel mit Hindenburg-Mägeln. Mit falschen Hindenburg-Mägeln wird gegenwärtig in den westlichen Provinzen und im Westen Berlins ein schamloser Handel getrieben...

Statistik des Jugendgerichtes. Sehr interessant ist die Statistik, die letzten über das Jahr 1914 vom Vorpresident des Berliner Jugendgerichtes, Amtsgerichtsrat Röhne, veröffentlicht wurde...

Der Erweiterungsbau der Porzellanmanufaktur in der Markgrafenstr. ist jetzt vollendet. An der Vorderseite des herrlichen Gebäudes stehen von zwei Seiten die beiden Säulen „K. P. M.“ (Königliche Porzellan-Manufaktur)...

Der Obermeister der Berliner Konditorinnung, Paul Richter, der heute seinen 70. Geburtstag feiert, erhielt aus diesem Anlaß zahlreiche Glückwünsche. Für die Berliner Konditorinnung übertrug sich Herr Richter, für den Konditorverband bester Verdienender Brodel ein Diplom...

Näherung einer Vollstreckungsaktion. Gestern nachmittag wurde von Beamten des 13. Polizeireviers die Vollstreckungsaktion, Neue Schönhauser Straße 18, geräumt. Man führte 5 weibliche und 77 männliche Personen zur Weile, deren Familienverhältnisse übergeben wurden...

Verhaftung einer neunzehnjährigen Schwindlerin. Durch die Schöneberger Kriminalpolizei ist eine Schwindlerin festgenommen worden, die in letzter Zeit zahlreiche Missetaten empfindlich geschädigt hat...

Ein groß angelegter Petroleumschwindel, der seit längerer Zeit die Kriminalpolizei beschäftigt, ist jetzt aufgeklärt worden. Der Unternehmer wurde ermittelt und verhaftet. Er entpuppte sich als der 30 Jahre alte, aus Piranum gebürtige Schlosser Alfred Vieser...

die Auszahlung der Hofanweisungen hatte er alle Schritte getan. Sobald er an einer Stelle genau eingemessen hatte, wuschelte er die Hofanweisung...

Die Verhältnisse der Hofanweisungen lassen seit Einführung des neuen Winterschneepfandes recht viel zu wünschen übrig. Der Kriegsausbruch verkehrte auf der Straße täglich je 105 Jüde von und nach Berlin...

Meldepflicht und Proskription.

Eine Entscheidung des Reichsgerichts.

Die Güte, mit der in der Kriegszeit Gesetze und Verordnungen erlassen werden müssen, bringt es mit sich, daß gelegentlich Unklarheiten entstehen, über die selbst tüchtige Juristen nicht hinwegkommen...

Wie die Umsatzsteuer zu berechnen ist.

Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts.

Eine für die Bemessung der Umsatzsteuer bedeutsame Entscheidung hat gegen der höchste Verwaltungsgerichtshof gefällt. Der Regierungsausschreiber E. hatte ein ihm zur Fälle gehöriges gedämmtes Grundstück in der Feinstraße...

Es sind von dem Gesamtwert des Grundstücks der Wert der Gebäude und sonstigen Bauausgaben abzugelassen; dann ist der für die Bodenfläche verbleibende Teil des Wertes nach dem Verhältnis der bebauten und unbebauten Fläche auseinander zu zerlegen...

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts.

Nummer 511.

Berlin, Mittwoch, 6. Oktober 1915.

Abend-Ausgabe.

* Die Kriegsklausel in Lieferungsverträgen.

Das Reichsgericht hat sich bereits in einer Entscheidung vom 30. Mai d. J. über die Bedeutung der Kriegsklausel in Mehrlieferungsverträgen ausgesprochen. In dieser Entscheidung vertritt der höchste Gerichtshof die Meinung, dass auf Grund der Klausel „Krieg vorbehalten“ der Verkäufer durch den Eintritt des Krieges unbedingend von seiner Lieferungs-pflicht befreit worden ist, ohne dass es darauf ankam, ob er tatsächlich in der Lage gewesen wäre, aus seinen Vorräten die laufenden Verträge zu erfüllen. An diesem Standpunkt hat das Reichsgericht in einer soeben ergangenen neuen Entscheidung festgehalten und die etwas anders lautende Klausel („Krieg gilt als höhere Gewalt“) in gleichem Sinne ausgelegt. Es handelte sich um folgenden Streit:

Die Firma Albert Ahrens Nachf. in Straßburg hat durch Verträge vom Januar, Mai und Juni 1914 von der Bremer Rolandsmühle Akt.-Ges. in Bremen 1200 Sack Weizenmehl, Lieferbar von April 1914 bis März 1915, gekauft. Auf diese Schlüsse sind nur 90 Sack geliefert. Am 6. August 1914, kurz nach Ausbruch des jetzigen Krieges, teilte die Rolandsmühle ihren sämtlichen Abnehmern, darunter auch der Firma Ahrens, durch gedrucktes Formular mit, dass sie die gelieferten Kontrakte auf Grund der in den Schlusschüssen enthaltenen Kriegsklausel aufhebe. Diese Klausel lautete: „Arbeitsausstände, Feuer, Mobilmachung, Krieg, Blockade von Ein- und Ausfuhrhäfen, unvorhergesehene Unfälle, welche die Produktion verringern oder unmöglich machen, gelten als höhere Gewalt“. Die Rolandsmühle klagte ein Jahr aus den bisherigen Lieferungen unstrittig zustehendes Guthaben von 3400 M. gegen die Firma Ahrens ein, wogegen diese mit einer den Klageanspruch übersteigenden Schadenersatzforderung aufrechnete und im Wege der Widerklage noch 1000 M. herausverlangt. Sie meint, die Klägerin sei nur dann berechtigt, auf Grund der Klausel vom Verträge zurückzutreten, wenn der Krieg ihre Produktion eingeschränkt oder unmöglich gemacht habe; das sei aber nicht der Fall, vielmehr sei die Klägerin zur Lieferung insstande gewesen; deshalb sei sie der Klägerin zum Schadenersatz verpflichtet.

Während das Landgericht Bremen zugunsten der Beklagten erkannte, hat das Oberlandesgericht Hamburg umgekehrt entschieden, der Klage stattgegeben und die Widerklage abgewiesen. In seinen Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus: Die Klägerin hat sich für den Fall des Eintritts der in der Klausel genannten Ereignisse (die erfahrungsgemäß die Lieferung erheblich behindern, wenn nicht gar unmöglich machen) von der Verpflichtung zur Leistung befreit wollen. Sie hat nicht darauf angewiesen sein wollen, den äusserer schwer zu erbringenden Nachweis aus den §§ 275, 276 BGB., dass die Leistung nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv unmöglich sei, führen zu müssen. Das war für die Klägerin, eine Mühle, gerade im Falle eines Krieges von der wesentlichsten Bedeutung. Sie hat durch die Klausel „Krieg gilt als höhere Gewalt“ feststellen wollen, dass der Krieg im Verhältnis zu ihren Abnehmern als ein Ereignis angesehen werden sollte, das die ihr obliegende Leistung unmöglich mache, einerelei, ob dies tatsächlich der Fall sei oder nicht. Fraglich könnte nur erscheinen, ob dieser inneren Willen der Klägerin in der Schlusschüssen hinreichenden Ausdruck gefunden hat, und ob die Beklagte diesen Willen der Klägerin als der Klausel entnommen hat und mit Rücksicht auf die Fassung der Klausel und die Verkehrssitte hätte entnehmen müssen. Diese Frage muss bejaht werden. — Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die von der Beklagten eingeleitete Revision zurückgewiesen. Begründung wurde bemerkt: Die Auslegung der Klausel durch das Oberlandesgericht dahin, dass sich die Klägerin in weitgehender Weise für den Fall eines Krieges von ihrer Lieferpflicht befreien wollte, enthält keinen Rechtsirrtum. Ebenso ist einwandfrei festgestellt, dass diese Absicht in der Beklagten erkennbarweise zum Ausdruck gebracht worden ist. Der Rücktritt der Klägerin vom Verträge war daher berechtigt und der Schadenersatzanspruch der Beklagten ist unbegründet. (II 200/15. Urteil v. 5. Okt. 1915.)

* Petroleumfragen.

Wie wir erfahren, haben die deutschen Petroleumzüge aus Galizien vor ungefähr einem Monat begonnen, sich seit dieser Zeit ziemlich bedächtig zu bewegen. Zurzeit sind die Transporte galizischen Petroleums nach Deutschland grösser als in Friedenszeiten. Auch aus Rumänien werden die Transporte in ungefähr früherem Umfange fortgesetzt, wobei die Versendung entweder ganz per Bahn oder aber in Kesselwagen nur bis Budapest und von dort auf dem Donauwege erfolgt. Trotzdem ist die Versorgung mit Petroleum noch immer ziemlich knapp, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass gewisse Gegenden und Verbrauchskreise, in denen eine Versorgung mit anderen Leuchtmitteln nur schwer möglich ist, eine Vorzugsbehandlung geniessen. In manchen Gemeinden wird die Einführung von Petroleumkarten nach dem Beispiel der Brokanten erzwungen, doch sind derartige Einrichtungen bisher noch kaum in einem Falle wirklich geschaffen worden.

Bemerkenswert ist es, dass die sogenannten wilden Petroleumhändler, deren Treiben die Regierung durch die Einführung von Höchstpreisen ein Ende bereiten wollte, neuerdings wieder den Versuch gemacht haben, trotz des Höchstpreissetzes ihr einträgliches Gewerbe fortzusetzen und die Petroleumpolitik der Regierung dadurch zu stören. Nachdem diesen Händlern das reichsdeutsche Absatzgebiet durch die Höchstpreise verschlossen war, zeigten sie das Bestreben, ihre Tätigkeit nach den okkupierten Ländern im wesentlichen also Belgien und Russisch-Polen, zu verlegen, wo Petroleum noch zu unbegrenzten hohen Preisen abgesetzt werden kann. Dabei gingen sie in der Weise vor, dass sie zunächst bei den Gouvernements der besetzten Gebiete eine Einfuhrbewilligung zu erlangen suchten und, mit dieser versehen, dann die Durchfuhrbewilligung für Petroleum durch das Reichsgebiet beantragten. Im Februar für Belgien und Russisch-Polen wurde vor nicht allzu langer Zeit zu Preisen bis 72 M. für 100 Kilo mit deutscher Ausfuhrbewilligung und bis 57 M. ohne Ausfuhrbewilligung gegenüber einem inländischen Höchstpreis von 30 M. verkauft, und auch gegenwärtig sind noch derartige Offerten im Umlauf. Wie wir aus informierten Kreisen hören, können aber nur wenige Waggons solcher Transitive wirklich umgesetzt worden sind, da weder Einfuhr, noch Durchfuhrbewilligungen in grösserem Umfange erteilt wurden. Nachdem erkannt worden ist, dass eine stärkere Ausdehnung dieses Geschäfts nach den okkupierten Gebieten dazu angetan wäre, die rumänischen Petroleumexporte vom deutschen Inlande abzu-

lenken, die Gewöhnung der rumänischen Exporteure an die deutschen Höchstpreise zu verhindern und somit die ganze Petroleumpolitik der deutschen Regierung zu durchkreuzen, ist damit zu rechnen, dass Durchfuhrbewilligungen in Zukunft in derartigen Fällen des Missbrauchs überhaupt nicht mehr gewährt und auch den okkupierten Gebieten Massnahmen gegen übermässig hohe Petroleumpreise ergriffen werden.

Handel und Verkehr.

* Die Dillinger Hüttenwerke blieben für das abgelaufene Geschäftsjahr als Spezialwerk mit ihren Gewinnen nur wenig hinter dem Vorjahre zurück. Bilanziert allerdings wird wieder sehr zusammenfassend. So wird der Fabrikationsgewinn nach Abzug der Abschreibungen und Rücklagen die beide nicht besonders ansehnlich waren, ausgewiesen, nur mit 7,48 Mill. M. (7,45 i. V.). Davon gehen für Tantiemen, Gratifikationen und Dotationen 1,62 Mill. M. (1,59 ab). Die Aktionäre erhalten auf ein Aktienkapital von 16,575 000 M. eine Dividende von 18 pCt. (19). Der Vortrag stellt sich dabei auf 282 Mill. M. (2,85). Die sehr ausgedehnten Anlagen werden in der Bilanz in zwei Posten zusammengefasst: Immobilienbesitz und Grundbesitz mit 36,53 Mill. M. (34,44) und Inventar mit 10,36 Mill. M. (11,56). Bei Debitoren stand am 31. Okt. 1914 ein solches aus Kreditoren sind auf 7,75 Mill. M. (8,12) zurückgegangen.

* Bei der Metallwaren-, Glocken- und Fahrrad-Armaturen-Fabrik Akt.-Ges. vom Vorn. H. Wissner zu M. Hils i. Th. ist der Gewinn auf Warenkonto im abgelaufenen Jahre von 1 041 963 M. auf 576 778 M. gesunken. Nach dem Geschäftsbericht kam der schädigende Einfluss des Krieges bei der Gesellschaft besonders scharf zum Ausdruck, weil sie bei der Eigenart ihres Geschäftes mit dem Absatz eines sehr erheblichen Prozentsatzes ihrer Erzeugung auf das Ausland, insbesondere auch das feindliche Ausland angewiesen ist. So erfährt denn der Umsatz naturgemäss einen starken Rückgang. Die Unkosten konnten nicht entsprechend ermässigt werden, sie gingen nun von 577 206 M. auf 562 116 M. zurück, was zum Teil die starke Preissteigerung der Rohmaterialien zurückzuführen ist. Nach Abzug der sonstigen Ausgaben und der Abschreibung von 43 738 M. (38 922) verbleibt einschliesslich eines Vortrages von 71 487 M. (25 178) ein Überschuss von 222 506 M. (42 006), von dem, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 15 pCt. = 150 000 M. (i. V. 23 pCt. = 230 000) zur Ausschüttung vorgesehen wird. Der Debitorendruck erhält diesmal keine Zuweisung (i. V. 25 000). Der Vortrag auf neue Rechnung wird von 2 187 M. auf 29 053 M. erhöht. Die Verwaltung bemerkt, dass sie in dem Vorjahre dem Gewinnvortrag zugehörigen Mehrbetrag jetzt den Aktionären wieder zuwendete, da sie glaube, gegen ihre Gesamtsaktion in den vorhandenen Reserven eine hinreichende Deckung zu besitzen. Dieser Entschluss in Nancy ist der Gesellschaft nicht unterrichtet, ein Ertragsjahr habe das vorige Jahr nicht erbracht. Im neuen Geschäftsjahre begiunne sich die Nachfrage etwas reger zu gestalten. Ein Urteil über die weitere Entwicklung könne die Verwaltung erst nachträglich fällen. Nach der Bilanz erscheint das Effektenkonto mit 323 732 M. (268 115) das Effektenkonto II nach einer Abschreibung von 16 800 M. auf 60 000 M. (i. V. 16 800). Waren haben sich auf 310 824 M. auf 409 790 Mark erhöht, Debitoren dagegen von 736 398 M. auf 439 398 M. ermässigt. Auch die darin enthaltenen Bankguthaben sind von 201 767 M. auf 60 559 M. zurückgegangen. Kreditoren erscheinen mit 4443 M. (7321).

* Automobil-Fuhrwesen Kandelhardt Akt.-Ges. in Berlin. In der heutigen Generalversammlung, die 11. Okt. in Berlin stattfand, wurden die Berichte der Vorjahre verlesen, wurde der Geschäftsbericht sowie die Gewinn- und Verlustrechnung debattelos genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die Dividende von wieder 5 pCt. wurde sofort zahlbar. Ueber die Verhältnisse für das laufende Geschäftsjahr wurde in der Versammlung nichts gesagt.

* Eine neue Preiserhöhung in der Tapetenindustrie. Wie wir erfahren, ist in der Tapetenindustrie ein neuer Preisrückgang der Fabrikpreise um 10 pCt. und zwar mit Gültigkeit vom 1. Dezember ab in Aussicht genommen. Begründet wird diese Massregel damit, dass die Abnahme des gesichts der Erhöhung der Rohmaterialpreise mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. In Kreisen der Händlerschaft beachtlich, man diesen neuen Aufschlag zum Teil auf die Abnehmer abwälzen, da der Handel bei der hohen Last des Gewerbes kaum mehr instande sei, diesen Aufschlag selbst zu tragen. Eine am Sonntag, den 10. d. M., in Berlin stattfindende Sitzung des Hauptvereins deutscher Tapetenhändler wird sich, wie wir hören, mit dieser Angelegenheit befassen, ferner mit einer weiteren Zurückstellung der laufenden Musterwahl, sowie mit der Abänderung des bisher üblichen Zahlungszuges.

* Die Württembergischen Papierfabriken in Hamburg verzeichneten im Jahre 1914/15 aus der Produktion 3 307 842 M. (pro 1913/14 4 282 982) aus dem Vorjahre stand ein Vortrag von 3 573 M. (68 74) zur Verfügung. Materialien usw. kosteten 2 398 300 M. (2 427 578). Die Abschreibungen werden auf 155 721 M. (155 185) bemessen. Nach Aufrechnung des Vortrages verbleibt ein Verlust von 1 225 150 M. (1 225 150). Durch die Verzütung an den Aufsichtsrat in Höhe von 14 000 M. (wie i. V.) und Zuweisung zum Debitorendruck von 12 800 M. steigt der Verlust auf 1 299 150 M. Zur teilweise Deckung wird der im Vorjahre geschaffene Dispositionsfonds mit 100 000 M. herangezogen. (Im Vorjahre wurden aus dem Gewinn neben den 100 000 M. für den Dispositionsfonds 35 875 M. vorgezogen; eine Dividende gelangte zur Auszahlung. Die Papiererzeugung der Fabriken betrug zusammen 8 029 849 kg im Werte von 2 825 678 M. gegen 12 958 750 kg im Werte von 4 453 948 M. im Vorjahre. An Zellulose erzeugte Fäden in diesem Jahre 2 059 017 kg im Werte von 389 163 M. gegen 2 218 112 kg im Werte von 399 109 M. im Vorjahre. In der Bilanz erscheinen u. a. Gebäude mit 1 291 250 M. (1 225 150), Maschinen mit 1 545 940 M. (1 690 574), Debitoren mit 641 678 M. (694 140), Kreditoren mit 798 496 M. (837 338), Akzente mit 364 965 M. (448 572).

* Kuhn Loeb und die englisch-französische Anleihe. Die „Times“ lassen sich von ihrem New-Yorker Korrespondenten über den Inhalt einer Unterredung berichten, die dieser mit dem Seniorchef des Bankhauses Kuhn, Loeb u. Co. hatte, und in der Schiff sich über die Gründe ausgesprochen hat, aus denen die Firma als solche die Beteiligung an der Anleihe abgelehnt hat. Nach dem Bericht des Korrespondenten des englischen Blattes hat Jacob Schiff zunächst darauf hingewiesen, dass die Firmeninhaber bei Beginn des europäischen Krieges mit Rücksicht auf ihre verschiedenen Sympathien sich entschlossen, von der Finanzierung irgendwelcher öffentlichen Anleihen zugunsten eines der kriegführenden Staaten abzusehen. Sodann habe Schiff hinzugefügt: „Bei der gegenwärtigen englisch-französischen Dollaranleihe fühlen wir als amerikanische Bankiers, dass wir eine Transition an uns wohn unterstützen müssten, die im Interesse des Handels und der Industrie unseres Landes liegt. Aber da es nicht für tunlich erachtet wurde, uns irgendwelche greifbaren Versicherungen zu geben, dass die russische Regierung nicht auch von der Anleihe Vorteile haben werde, hielt ich mich für verpflichtet, meine Ansicht von der Beteiligung an der Anleihe zurückzuhalten.“ Diese Äusserung bezieht sich, wie der Korrespondent der „Times“ hinzufügt, auf die Haltung der Firma als solcher. Einer der Teilhaber habe ihm weiter berichtet, dass er sich Mitglied der Firma entschlossen hat, die Anleihe sympathisieren und zu ihrem erfolgreichen Ausgang beitragen würden. — Falls die Äusserung Schiffs wirklich so gehalten hat, wie die „Times“ es wiedergeben, so kann immer noch zweifelt sein, ob es sich um ein angebracht hielt, dem englischen Ausrufer seine wirklichen Gründe über die Fernhaltung der

Firma von der Anleihe mitzuteilen. Sollte Schiff sich aber wie vorstehend ausgesprochen haben, so geht daraus hervor, dass er das Bestreben hat, sich die englischen Sympathien nicht zu verschern. Die Kehre dieser „diplomatischen“ Haltung Schiffs wird die sein, dass man in Deutschland ihm gegenüber künftig eine wohl angebrachte Zurückhaltung zeigt.

* Amerikanischer Baumwollanstand. Wie in der heutigen Morgenausgabe gemeldet, stellt sich der Durchschnittsstand der Baumwolle Ende September auf 60,8 pCt., gegen 69,2 pCt. Ende August d. J., 73,5 pCt. zur gleichen Zeit 1914, 64,1 pCt. im Jahre 1913 und 66,6 pCt. im Jahre 1912. Der Durchschnittsstand hat sich daher gegen den Vormonat um 8,4 pCt. verschlechtert und stellt sich um 12,7 pCt. niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Ein Vergleich der diesmaligen Schätzung mit den Vorjahren gibt folgendes Bild:

	1. Juni	1. Juli	1. Aug.	1. Sept.	1. Okt.	Durchschnittliche Fläche Mill. Akr.	Ernte pCt. Mill. Akr. Ballen
1915	80,0	80,3	75,3	69,2	60,8	73,1	31,5
1914	74,3	79,6	78,4	78,0	72,5	76,1	36,9
1913	73,1	81,8	79,6	68,2	64,1	74,6	35,6
1912	75,9	80,4	75,5	74,8	69,6	79,0	34,0
1911	87,8	82,3	85,1	73,2	71,0	81,9	36,6
1910	82,0	80,7	75,5	72,1	65,9	75,3	33,4
1909	81,1	74,6	71,9	67,7	65,5	69,9	32,2
1908	79,7	81,2	83,0	76,1	69,7	77,9	33,8
1907	70,5	72,0	75,0	72,7	67,7	71,6	32,0
1906	71,6	84,6	83,9	82,9	19,9	71,6	32,0
1905	77,2	77,0	74,9	72,1	72,1	75,0	26,9

Die jetzige Zahl ist die niedrigste seit Oktober 1909; damals stand die Begutachtungsziffer auf nur 56,5 pCt., wobei freilich zu berücksichtigen ist, dass im Jahre 1909 die Anbaufläche etwas grösser war als jetzt. — Der Staatenstandsbericht hat bei seinem Bekanntwerden an der New-Yorker Baumwollbörse eine Hausse hervorgerufen; die Preise erlitten Steigerungen bis um 66 Punkte.

* Baumwollentwertung. Nach den Monatsberichten des U. S. Zensusbureau sind bis zum 30. September 2 900 000 Ballen an defäzibler Baumwolle (nicht wie ursprünglich infolge einer Telegrammvermittlung hies 2 900 000 Ballen) entwertet worden gegen 2 363 000 Ballen zur gleichen Zeit der Vorjahres, 3 246 666 Ballen im Jahre 1913 und 3 007 271 Ballen im Jahre 1912.

An der Börse

wurde das Abschiedsgesuch des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos ruhig aufgefasset; es bot immerhin die Grundlage für eine zuversichtliche Stimmung hinsichtlich der Verhältnisse auf dem Balkan, so dass die Tendenz im allgemeinen als fest bezeichnet werden konnte. Das Geschäft blieb allenthalben grösstenteils still. Erheblicheres Interesse trat hervor für die Aktien der Becker und Lindenbergs-Stahlwerke, der Deutschen Schlagschiffelwerke, der Bergmann Elektricitätswerke und des Sächsischen. Genannt waren ferner zu notieren die Aktien der Kursen Aktien der Deutschen Erdölwerke, der Westfälischen Kirschbaum-Gesellschaft, der Hindrichs u. Auffermann, der Capito u. Klein-Gesellschaft, der Gelsenkirchener Gussstahlwerke der Gebr. Krüger-Gesellschaft, der Chemischen Fabriken Hönning etc. Die Aktien von R. B. Steingut u. B. B. Steingut wurden wenig beachtet, aber behauptet. Auch in Montanwerten war das Geschäft nur gering; doch konnten immerhin die Aktien der Phönix-Gesellschaft, des Bochumer Vereins und der Deutschen Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft etwas anziehen.

Am Rentenmarkt waren heimische Anleihen unverändert. Russische Renten waren anfangs behauptet, später schwächer. Auch rumänische Renten gingen etwas nach.

Der Geldmarkt zeigte heute ein kaum verändertes Aussehen. Für den Privatdiskont hörte man wieder einen Satz von 4½ bis 4¼ pCt., während tägliches Geld zu 5 bis 4½ pCt. abgegeben wurde. — Am Marke der fremden Valuten behauptete heute Rubelnoten eine neuen scharfen Ermattung anheim. Schwache Haltung zeigte auch österreichische Auszahlung. New-Yorker Cable Transfers zogen dagegen in Kursen an. Auch Auszahlung Holland tendierte fest. Die bulgarische Valuta, die Ende September eine scharfe Kurssteigerung erfahren hatte, ist inzwischen wieder auf einen sehr tiefen Stand angelangt.

Am Getreidemarkte kamen kaum Umsätze zustande, da Lokomate nicht mehr angeboten wird. In Malsheim waren geringe Mengen zu hohen Preisen offeriert. Kartoffeln wurden in beschränktem Masse umgesetzt, die Kaufkraft war hierfür angesichts der in Aussicht stehenden gesetzlichen Massregeln gering.

Die nichtamtlichen ermittelten Preise waren aus Frühmarkt: Anländische Weizenkörner 33,00—33,50 M. Grosshandel ausländische Kartoffelroh 79—80 M. Preis des inländischen Kartoffelmehls 43,30 M. Malsheim 17—18,50, Reismehl 112—113 M. Peluschken 73—74 M.

Butterbericht der Firma Geuss. Berlin, 6. Oktober. Butter. Die Nachfrage bleibt reger bei weiter steigenden Preisen. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftler Ia Qualität 287,00 bis 340,00 M., do. IIa Qualität 235,00 bis 272,00 M. — Schmalz. Es sind nur wenige kleine Angebote zu sehr hohen Preisen im Markt. Derselbe ist bei behäuflicher Nachfrage daher fest. Die Preise sind nominell. — Speck. Fett.

Berliner Schlachtwiehmärkte

vom 6. Oktober. (Amtlicher Bericht.) Auftrieb: Rinder 1914 (damals 471, Ochsen 24, Kühe und Färsen 1159), Kälber 207, Schafe 2924, Schweine 9476.

a) Doppeltender feinstes Mast 00—00 (00—00), b) feinstes Mastkälber 98—102 (103—170), c) mittlere Mast- und beste Saugkälber 90—96 (150—160), d) geringe Mast- und gute Saugkälber 80—85 (152—165), e) geringe Saugkälber 60—70 (109—127). II. Schafe: A. Stallmastschafe: a) Mastlamm und Jünger Mastlamm 00—00 (000—000), b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut gemästete junge Schafe 00—00 (000—000), c) mäßig gemästete Hammel und Schafe (Märzschafe) 00—00 (000—000).

III. Schweine: a) Fettweiche 3er Zentner Lebendgewicht 00 (b) Vollfleischige Schweine, 240—300 Pfund Lebendgewicht 150—155, c) vollfleischige Schweine, 200—240 Pfund Lebendgewicht, 140—150, d) vollfleischige Schweine, 160—300 Pfund Lebendgewicht, 135—145, e) vollfleischige Schweine unter 160 Pfund 115—125, f) Sauen 135—140.

Die Preise in der Kammer bedeuten Schlachtgewicht. Marktvorlauf: Rindermarkt geräumt. Kälberhandel lebhaft. Bei den Schafen etwa die Hälfte verkauft. Schweine: 100 M. 113 Stück, 117 M. 13 Stück, 116 M. 82 Stück, 115 M. 110 Stück, 114 M. 95 Stück, 113 M. 29 Stück, 110 M. 19 Stück, 105 M. 11 Stück, 100 M. 4 Stück, 95 M. 29 Stück, 90 M. 1 Stück, 80 M. 1 Stück, 75 M. 11 Stück, 50 M. 2 Stück.

